

Team Grötsche

030/27586440

An die Stadtverordnetenversammlung der
Stadt Bad Oldesloe

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**

Bad Oldesloe

24.11.2003

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
hiermit möchte ich folgenden Antrag für den nächsten Umweltausschuss der Stadt Bad Oldesloe stellen:

Antrag:

Oldesloe bleibt gentechnikfreie Zone

1. Die Stadt Bad Oldesloe erklärt, dass sie keinen Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen im Stadtgebiet wünscht.
2. Die Stadt verpachtet städtische Ackerflächen nur unter der Auflage, dass dort solche Pflanzen nicht angebaut werden.

Begründung:

Der Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen ist in der EU nicht notwendig, da auch zukünftig genügend und sichere Lebensmittel ohne den Einsatz von GVO erzeugt werden können. Der einzige Vorteil besteht darin, dass verstärkt Pestizide eingesetzt werden können. Deswegen werden die GVO auch von den Chemiefirmen wie Monsanto hergestellt, die Pestizide herstellen.

Seit 1998 gibt es in der EU ein Moratorium für die Zulassung und Vermarktung gentechnisch veränderter Organismen (GVO). Deswegen werden in der EU gegenwärtig keine gentechnisch veränderten Pflanzen angebaut. Auf Druck der USA und gegen die große Mehrheit der Bevölkerung (und auch der großen Mehrheit der Landwirte) soll dieses Moratorium bald aufgehoben werden. Danach wird der Anbau gentechnisch modifizierter Pflanzen möglich sein. Die Folgen dieser Freisetzung für die Umwelt, die Lebensmittelqualität und die Gesundheit von Mensch und Tier sind bislang nicht vollständig geklärt (Lebensmittel aus GVO-Pflanzen werden in Großbritannien als „Frankenstein-food“ bezeichnet). Eine Freisetzung in die Umwelt ist aber nicht mehr rückgängig zu machen (allgemeine Umweltkontamination).

Der Anbau kann auch nicht auf bestimmte Flächen beschränkt werden. Eine flächendeckende Ausbreitung von solchen Pflanzen bzw. der Erbinformationen ist z.B. durch Pollenflug, Insektenübertragung oder Saatgut-Verunreinigungen möglich. Es besteht deswegen die Gefahr, dass auch Flächen und damit Lebensmittel mit GVO verunreinigt werden, die solche Pflanzen gar nicht anbauen. Es kann sein, dass diese Lebensmittel nicht mehr oder nur weit unter Wert verkauft können. Besonders problematisch ist die Gefahr der dauerhaften Kontamination von Gebieten, wo dann eine gentechnikfreie Landwirtschaft langfristig nicht mehr möglich sein wird. Ebenfalls kann der Verkaufs- bzw. Pachtwert verunreinigter Flächen erheblich verringert werden, ähnlich wie mit Schwermetall (durch Klärschlamm, Industrie fall out), extreme Gifte (z.B. Dioxine) oder Altlasten (Militär, Industrieblächen, Mülllager) belastete Flächen. Die Haftungsfrage für solche Fälle ist bislang nicht geklärt.

Viele Kirchen und viele andere Kommunen in ganz Deutschland haben ein solches Anbauverbot auf ihren Flächen ausgesprochen. Oldesloe sollte sich dieses zum Vorbild nehmen und auf ihren landwirtschaftlichen Flächen ein GVO-Anbauverbot in den Pachtverträgen festschreiben. Ebenfalls sollte die Stadt an alle Landwirte mit Flächen im Stadtgebiet bitten, auf GVO-Pflanzen zu verzichten, um eine eingetragene Kontamination der stadteigenen Flächen zu verhindern.

Mit grünen Grüßen,
Gerold Rahmann

NIEDERSCHRIFT

über die
6. Sitzung des Umweltausschusses
am 03.12.2003 im Sitzungszimmer 2.09 des Stadthauses

Tagesordnung

01. Eröffnung der Sitzung durch die Vorsitzende
02. Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit sowie der Tagesordnung
03. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 29.10.2003 und 12.11.2003
04. Einwohnerfragestunde
05. **Agenda 21**
hier: Halbjahresbericht
06. **Oldesloe bleibt gentechnikfreie Zone**
hier: Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 24.11.2003
07. **Vorgehen der Verwaltung bis zur Klärung der Agrarförderung ab 2004**
hier: Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 27.11.2003
08. **Verpflichtung eines stellvertretenden bürgerlichen Mitgliedes**
09. **Baumaßnahme Lindenkamp**
hier: Fällung einzelner Bäume
10. **Gebiet um den Steinfelder Redder**
hier: Antrag der CDU-Fraktion vom 05.11.2003
11. Mitteilungen und Anfragen (öffentlicher Teil)
12. Mitteilungen und Anfragen (nicht öffentlicher Teil)

Teilnehmerinnen und Teilnehmer:

- a) Umweltausschuss:
- Frau Strehl, Vorsitzende
Frau Hoffmann, stellv. Vors.
Herr Christian Scherrer, b.M.
Herr Stolten, b.M. für Herrn Fehrmann
Herr Rietzke
Herr Marx, b.M. für Herrn Hoffmann, b.M.,
Herr Rahmann bis 20.15 Uhr
- b) Als Gäste:
- Herr Janson bis 20.15 Uhr
Herr Dr. Fries (Seniorenbeirat) bis 21.00 Uhr
Herr Kruse, Lehrer am Fachgymnasium bis
19.30 Uhr
-
- c) Von der Verwaltung: Herr Steinhoerster

aufgestellt und die vorhandenen Hinweisschilder gesäubert werden.
Frau Strehl bedankt sich bei den Jugendlichen und wird die Anregungen über das Feuchtgebiet bei zukünftigen Entscheidungen berücksichtigen. Herr Dr. Soeffing erklärt, dass die Idee eines Bohlenweges bereits realisiert wurde.

06. Oldesloe bleibt gentechnikfreie Zone
hier: Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 27.11.2003

Herr Rahmann erläutert den Antrag und schlägt eine getrennte Abstimmung vor

1. **Beschluss: 4 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen**
Die Stadt Bad Oldesloe erklärt, dass sie keinen Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen im Stadtgebiet wünscht.
2. **Beschluss: 1 Ja-Stimme, 6 Nein-Stimmen**
Die Stadt verpachtet städtische Ackerflächen nur unter der Auflage, dass dort solche Pflanzen nicht angebaut werden.

07. Vorgehen der Verwaltung bis zur Klärung der Agrarförderung ab 2004
hier: Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 24.11.2003

Herr Rahmann erläutert den Antrag.
Herr Dr. Soeffing teilt mit, dass die überwiegende Zahl der abgeschlossenen Pachtverträge sich von Jahr zu Jahr verlängern, so dass zur Zeit kein Handlungsbedarf besteht. Über eine Verlängerung bzw. Verpachtung kann frühestens Mitte 2004, und damit zum Zeitpunkt des Vorliegens der neuen Agrarförderungsrichtlinien, entschieden werden. Aufgrund dieser Ausführungen zieht Herr Rahmann seinen Antrag vorerst zurück.

Beschluss:

Dem Umweltausschuss wird nach der Sommerpause 2004 die neue Agrarförderung vorgestellt und die daraus resultierenden Möglichkeiten aufgezeigt.

08. Verpflichtung eines stellvertretenden bürgerlichen Mitgliedes

Frau Strehl verpflichtet Herrn Marx als stellvertretendes bürgerliches Mitglied des Umweltausschusses gem. § 46 Abs. 5 GO durch Handschlag auf die gewissenhafte Erfüllung seiner Obliegenheiten und führt ihn in sein Amt ein.

09. Baumaßnahme Lindenkamp
hier: Fällung einzelner Bäume
Sachverhalt: Sitzungsvorlage IV.60.2 vom 20.11.2003

Herr Steinhoerster erläutert die Vorlage.
Herr Stolten bittet die Verwaltung zu prüfen, ob man Kopflinden pflanzen kann, die alle paar Jahre zurückgeschnitten werden und somit einen nicht so großen Wurzelraum benötigen.